

Insgesamt ist festzustellen, dass die Universitäten mit dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz sehr verantwortungsvoll umgehen. Wir wollen das auch so weitermachen. Deshalb sehe ich im Moment keinen Änderungsbedarf. - Vielen Dank.

(Zustimmung von Herrn Schröder, CDU, und von Herrn Miesterfeldt, SPD)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht der Abgeordnete Herr Lange.

Herr Lange (DIE LINKE):

Ich bin froh, dass der Minister das noch einmal klargestellt hat. Das hätte mir sonst niemand geglaubt.

(Unruhe bei der CDU)

Seine Rede ist symptomatisch für die gesamte Situation im Landtag. Es gibt den Minister und die CDU-Fraktion, die meinen, es ist alles in Ordnung. Ansonsten gibt es eigentlich eine Mehrheit, die für die Bundesratsinitiative ist, die für die Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen ist und die gegen die Tarifsperre im Wissenschaftszeitvertragsgesetz ist. So sieht es im Landtag aus.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Frau Prof. Dr. Dalbert, GRÜNE)

Der große konservative Block

(Herr Leimbach, CDU: Oh!)

wirkt aber wie eine Bremse und ist ein Klotz am Bein derjenigen, die für einen Fortschritt im Hochschulsystem streiten.

(Widerspruch bei der CDU - Herr Thomas, CDU: Und für verantwortliche Finanzpolitik! - Herr Knöchel, DIE LINKE: Nennen wir es Block! „Groß“ nicht!)

Meine Damen und Herren! Wir müssen die Strukturdiskussion - das mahne ich noch einmal an -, die wir im Land führen, nicht nur horizontal führen, wenn es darum geht, was man an Kooperationsbeziehungen finden kann, sondern auch vertikal. Es muss um die Frage gehen, wie die Personalstruktur künftig aussehen soll. Wenn von einem Bauch im Bereich des wissenschaftlichen Mittelbaus gesprochen wird, dann brauchen wir Antworten auf die Frage, wie wir Karrierewege neu orientieren können. Das sollten wir in der Strukturdiskussion berücksichtigen.

Die Beharrungskräfte auf der einen Seite sorgen dafür, dass sich die SPD nicht bewegen kann. Somit bekommen wir eine Beschlussempfehlung, die dermaßen nichtssagend ist, dass man sie einfach nur ablehnen muss. Ich finde das schade.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Für die SPD-Fraktion spricht die Abgeordnete Frau Dr. Pähle.

Frau Dr. Pähle (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Minister Stahlknecht sagte gerade „Festspiele“. Ich habe am Anfang des Jahres ja gesagt, dass es ein Hochschuljahr wird, und man muss seinen eigenen Ansprüchen gerecht werden.

(Zustimmung bei der SPD)

Die Bundesratsinitiative zur Änderung des Gesetzes über befristete Arbeitsverträge in der Wissenschaft: Wir haben über das Thema ausführlich im Landtag debattiert. Wir haben darüber auch ausführlich im Ausschuss debattiert.

Ja, es gibt unterschiedliche Auffassungen. Es gibt unterschiedliche Auffassungen darüber, was an Flexibilität notwendig ist, wo die Flexibilität aber Grenzen haben muss. Für uns als SPD ist klar, wir wollen die Flexibilität in der Wissenschaft nicht abschaffen. Darauf wären wir nicht gekommen. Wir wollen aber auch Rahmenbedingungen setzen. Wir wollen gute Arbeit auch in der Wissenschaft ermöglichen.

Das bedeutet, dass unseres Erachtens kurzfristige Verträge mit weniger als einem Jahr Laufzeit in hohem Maße zur Bildung prekärer Beschäftigungsverhältnisse beitragen. Es gibt immer Sonderfälle wie Anschlussprojekte und wenn noch Restmittel aus einem Projekt vorhanden sind. Das wollen wir nicht antasten. Es geht uns um die unbegründet befristeten Verträge. Auch das haben wir im Ausschuss ausdrücklich gesagt.

Die Hans-Böckler-Stiftung hat untersucht, wo Hochschulabsolventen nach dem Studium hingehen und wie viele von diesen befristete Arbeitsverhältnisse eingehen. Wenn ich mir diese Aufstellung anschau, dann ist es schon signifikant, dass 80 % der Hochschulabsolventen, die an den Unis bleiben, befristete Verträge bekommen und 60 % der Absolventen, die im Gesundheitswesen tätig sind, befristete Verträge bekommen. Demgegenüber haben wir im verarbeitenden Gewerbe - von dem wir sagen, dass dort auch Flexibilität notwendig ist - nur 11 % befristete Verträge. Das ist genau das Problem, vor dem wir stehen.

Ich wünsche mir, dass das Ministerium den Beschluss des Ausschusses so interpretiert, wie er von uns gemeint ist, nämlich Stärkung des Wissenschafts- und Hochschulstandorts Sachsen-Anhalt. Das geht nur mit langfristigen Verträgen und mit zukunftssicheren Karrierewegen, die auch abgesprochen werden. Dazu gehört für uns auch eine bessere Einbindung der Promovierenden in die Universitäten, das heißt Abschluss von Promotionsvereinbarungen mit den Professoren, um eine

Absicherung für die einzelne wissenschaftliche Mitarbeiterin und den einzelnen wissenschaftlichen Mitarbeiter zu haben.

Ich bitte um Zustimmung zu der Beschlussempfehlung. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD und von Herrn Schröder, CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Abgeordnete Frau Professor Dr. Dalbert.

Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der Vorbereitung dieses Tagesordnungspunktes dachte ich mir, was sollen wir dazu noch austauschen; es ist eigentlich alles gesagt. Manchmal wird man im Parlament aber doch überrascht. Noch einmal in der Klarheit vom Wissenschaftsminister zu hören, dass es überhaupt keinen Änderungsbedarf gebe,

(Herr Lange, DIE LINKE: Genau!)

das war ein sehr klares Statement vonseiten der Landesregierung.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und von Herrn Lange, DIE LINKE)

Ich empfehle, dazu das Gutachten des Wissenschaftsrats zu lesen, weil auch der Wissenschaftsrat sagt, wir müssen an die Karrierewege unserer jungen Leute ran.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Insofern, Herr Minister, haben Sie nicht viele Leute hinter sich, wenn Sie sagen, es gebe keinen Änderungsbedarf. Ihre Fehlinterpretationen des Gesetzentwurfs, um den es hier geht, haben Sie hier erneut wiederholt. Ich will das nicht erneut korrigieren. Ich habe das bereits bei der Einbringung des Antrags getan.

Wenn ich jetzt zu der Beschlussempfehlung komme, dann wird es Sie nicht überraschen, dass wir die Beschlussempfehlung ablehnen. Sie ist wirklich weniger als ein Nichts. In der Beschlussempfehlung wird konstatiert, dass wir ein Problem haben. Das ist schon mehr, als der zuständige Minister sagt. Ich muss mich insofern korrigieren. Vielen Dank dafür, dass das Problem konstatiert wird. Die Ansprüche in diesem Haus werden ja immer bescheidener.

(Heiterkeit und Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Die regierungstragenden Fraktionen, die mit ihrer Mehrheit die Beschlussempfehlung im Ausschuss

verabschiedet haben, sagen, dass es ein Problem gibt und dass man die Arbeits- und Karrierechancen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verbessern muss. Sie sagen aber nicht, wie man das macht.

Es gibt ein gutes Mittel: Schließen Sie sich der Bundesratsinitiative an! Darin steht alles. Das hätten wir uns gewünscht. Dafür hat die Kraft gefehlt. Wir werden die Beschlussempfehlung weiterhin ablehnen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Herr Harms. Bitte.

Herr Harms (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Schon in der ersten Debatte über dieses Thema haben wir sehr viel Einigkeit verspürt.

(Herr Lange, DIE LINKE: Was?)

Diese Einigkeit hat sich auch im Ausschuss fortgesetzt, sodass wir nach wenigen Minuten der Diskussion über dieses Thema in der Lage waren, eine Beschlussempfehlung abzugeben, die heute vorliegt.

Ja, die erste Debatte im Landtag hat gezeigt, dieses Gesetz, das die befristeten Arbeitsverträge in der Wissenschaft regelt, ist nicht nur berechtigt, sondern hat sich auch bewährt.

Es hat sich aber auch gezeigt, dass der zweite der Teil der Wahrheit nicht vergessen werden darf: Warum hat man dieses Gesetz beschlossen und warum hat es sich bewährt? - Dieses Gesetz gibt vor allem jungen Wissenschaftlern eine Chance, im Bereich von Lehre und Forschung tätig zu werden, die vorher in dem starren System nicht gegeben war,

(Herr Lange, DIE LINKE: So ein Käse! - Zuruf von Frau Bull, DIE LINKE)

und sie gibt ihnen die Chance, aufseiten der Hochschulen und Universitäten Türen zu öffnen.

(Herr Lange, DIE LINKE: Das ist doch Humbug!)

Ja, Teil der Beschlussvorlage ist auch der Satz, auf den meine Kollegin hingewiesen hat: Dazu gehört auch die Verbesserung der Arbeits- und Karrierechancen und dergleichen mehr - „auch“, neben anderem.

Frau Professor Dr. Dalbert hat davon gesprochen, dass das Ganze weniger als nichts wäre.

(Herr Lange, DIE LINKE: Das stimmt! Damit hat sie Recht!)